Nr. 209 XXVIII. Jahrgang

Dienstag, 24. August 192

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Grundzeile, 32 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 20.–. Bei Ziffern- oder Kunstsatz 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Buchstabenanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.25, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Neue Kämpfe in Oberschlesien

+ Kattowitz, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Lage in Oberschlesien ist nach wie vor ungeklärt. Während an einigen Orten französische und italienische Truppen gegen die polnischen Banden vorgehen und die Bevölkerung entwaffnen, flammt an andern der polnische Aufstand mit größerer Heftigkeit auf. So kam es in Hindenburg zwischen Polen und Sicherheitswehr zu heftigen Kämpfen, bei denen die Polen zwei Schwerverwundete und eine Reihe Leichtverletzter verloren. Die Sicherheitspolizei mußte sich vor den zahlenmäßig überlegenen Polen in die Kaserne zurückziehen, in der sie belagert wurde. Erst durch das Eingreifen einer benachbarten Hundertschaft gelang es, die Sicherheitspolizei zu befreien und die Straßen zu säubern. Während der Kämpfe kam es zu schweren Ausschreitungen der Polen, die über die Deutschen herfielen und sie mißhandelten. Der Kampf flammte erneut auf, als der interalliierte Kreiskontrolleur im Auto erschien. Die Menge strömte zusammen und griff die Sicherheitspolizei erneut an. Diese gab Feuer, wobei drei Mann erschossen wurden. Die Sicherheitspolizei erhielt von den Franzosen den Befehl, sich zurückzuziehen und mußte ihren Patrouillendienst später ohne Waffen fortsetzen.

Auf dem Lande streifen starke polnische Banden umher, die die Landbevölkerung sehr beunruhigen und die Ortschaften angreifen. So tauchten am Sonnabend abend eine Reihe bewaffneter Polen in Zalenze auf, die sich sofort zum Polizeirevier begaben und es besetzten. Es kam dort zu mehrfachen Scharmützeln. Bewaffnete Polen durchstrichen den Ort. Auch sind Automobile mit bewaffneten Polen von der Grenze nach Zalenze unterwegs. Bewaffnete Sokols haben am Freitag früh den Weg Bittkow–Richterschacht besetzt und rückten am Nachmittag von Michalowitz nach Bittkow vor, das sie plünderten. Bei einem Gefecht mit Sicherheitspolizei, die ihnen entgegenkam, fielen auf polnischer Seite zwei Mann. Als die Sicherheitswehr wieder abrückte, besetzten die Insurgenten erneut Bittkow, sollen es aber später wieder geräumt haben. In Kattowitz selbst hat sich die Situation nicht verändert. Dort ist alles ruhig, ebenso in Beuthen und Kybnick. Die Meldungen, daß die Polen bereits in Kattowitz eingezogen seien und die Deutschen fluchtartig die Stadt verlassen hätten, sind im vollen Umfange erfunden.

Die interalliierte Kommission scheint jetzt endlich energisch gegen die polnischen Banden vorzugehen. In Bogutschütz und Schoppinitz wird die Entwaffnungsaktion mit allen Mitteln durchgeführt, dagegen wird sie in Myslowitz nur recht mäßig gehandhabt. General Gracier will die Entwaffnung mit größter Strenge und Rücksichtslosigkeit, ohne Rücksicht auf die drei Parteien, durchführen. Seine Absicht, Ruhe und Ordnung durchzuführen, wird aber in vielen Orten durch die Passivität untergeordneter Stellen durchkreuzt, die den Polen noch immer freie Hand lassen. Im allgemeinen scheint aber der polnische Angriff doch durch die Entwaffnungsaktion ins Stocken geraten zu sein. In der Stadt Kattowitz dürfen nur diejenigen Personen die Straßen passieren, die von der interalliierten Kommission einen Ausweis ausgestellt erhalten haben. Nach 8 Uhr abends dürfen nur Personen die Straße betreten, die dienstlich zu tun haben.

*

Auch vorstehende Meldungen sprechen noch immer von dem Uebermut der Polen, der sich in Angriffen auf deutsches Eigentum Luft macht. Die Meldungen besagen: Im Kreise Tarnowitz kommt es häufig zu schweren Ausschreitungen. Ueberfälle auf Einwohner von Försterei und Wirtschaftsinspektoren, Entwaffnung von Gendarmerieposten und Mißhandlung von Führern wiederholen sich häufig. Das Bauernhof Larischhof wurde ausgeplündert und das Vieh getrieben. – Am Sonntag kurz nach 8 Uhr nachmittags überfiel eine Bande das Rathaus in Bismarckhütte, das von der Polizei hartnäckig verteidigt wurde. Die Angreifer verloren fünf Tote und einige Verletzte. Als schließlich eine vorüberkommende französische Patrouille eingriff, brach die Bande den Kampf ab und zog sich zurück. Gegen 6 Uhr war die Ruhe im großen und ganzen wiederhergestellt.

*

Ausschaltung der Sicherheitswehr

+ Kattowitz, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Sicherheitspolizei wurde gestern von der interalliierten Kommission angewiesen, sich um 6 Uhr nachmittags in ihre Baracken zurückzuziehen und sich nicht mehr in den Straßen blicken zu lassen, welchem Befehl auch Folge geleistet wurde. Dagegen hat die interalliierte Kommission das feierliche Versprechen abgegeben, die Bevölkerung vor den polnischen Banden zu schützen, und zwar im Verein mit den italienischen Truppen. Die interalliierte Kommission hat sich auch wegen der Vorfälle in Myslowitz entschuldigt und bei den Polen die Freigabe der Myslowitzer gefangenen Sicherheitssoldaten erwirkt.

*

Unzulässige Transporte?

+ Kattowitz, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) Vertreter der Gewerkschaften haben sich an die interalliierte Kommission wegen des sowohl bei Tage wie bei Nacht starken Kolonnenverkehrs auf der Chaussee von Tworog nach Lublinitz und von Tworog nach Koschentin in der Richtung zur Grenze beschwerdeführend gewandt. Die interalliierte Kommission begründete diesen Verkehr mit der Notwendigkeit der Grenzüberwachung und dem Schutz der Aufrechterhaltung der deutschen Neutralität Oberschlesiens.

*

Versailles und Oberschlesien

Genf, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) „Echo de Paris" meldet: Der alliierte Rat hat am Freitag über die Lage in Oberschlesien beraten. Es wurde der Beschluß gefaßt, daß der Versailler Vertrag über Oberschlesien unverändert in Kraft zu bleiben habe und unter allen Umständen durchzuführen sei. Der Beschluß wurde der interalliierten Kommission in Oppeln telegraphisch übermittelt. Der „Temps" teilt noch mit, daß der alliierte Rat von der interalliierten Kommission in Oppeln Bericht über die gegenüber der Bewaffnung der Zivilbevölkerung ergriffenen Maßnahmen eingefordert hat.

*

Wiederherstellung der Staatshoheit?

B. Berlin, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) Aus Breslau wird gemeldet: Die interalliierte Kommission in Oppeln gab dem Militärbefehlshaber der Besatzungsarmee in Oberschlesien Befehl, die Staatshoheit der interalliierten Kommission im Abstimmungsgebiet wiederherzustellen. Die interalliierte Kommission teilte ferner gestern dem deutschen und dem polnischen Vertreter in der Abstimmungskommission mit, daß eine Aenderung des staatsrechtlichen Besitzstandes in Oberschlesien nur im Wege der Volksabstimmung herbeigeführt werden dürfe.

*

Verhandlungen mit den Polen

+ Kattowitz, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) Es liegt uns eine vertrauliche Nachricht vor, daß auf direkte Veranlassung des Generals Lerond an verschiedenen Orten bereits französische Offiziere mit den polnischen Insurgenten verhandeln, um sie zur Aufgabe ihres völkerrechtswidrigen Handelns zu bewegen.

*

Zur Wiederkehr der Ruhe

Am Sonnabend wurde in Beuthen eine Versammlung von Führern aller politischen Parteien und aller Gewerkschaften abgehalten, um Beschluß darüber zu fassen, was zur Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung zu geschehen habe. Es wurde beschlossen, eine gemischte Kommission nach Kattowitz zum französischen General Gracier zu senden, um ihm die Forderung zu unterbreiten, die Ruhe und Ordnung durch französisches Militär wiederherzustellen. Zu diesem Zwecke sollen erstens die Entwaffnung der Bevölkerung allgemein durchgeführt, zweitens nach Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung der Belagerungszustand sobald wie möglich aufgehoben werden, drittens, wo Unruhen bestehen, die Sicherheit durch eine unparteiische Sicherheitswehr aus beiden Volksteilen gewährleistet werden, viertens der augenblickliche Streik abgebrochen und die Arbeit am Montag überall wieder aufgenommen werden. Dort, wo Arbeiterkreise der einen oder andern Nationalität Terror gegen die Arbeitswilligen ausüben, soll von der interalliierten Kommission Arbeiterschutz gewährt werden. General Gracier, der eben erst von einer Inspektionsreise durch den südlichen Teil des Industriegebietes zurückkam, hat erklärt, daß er überall Ruhe und Ordnung vorgefunden habe und daß die Polenführer ihm zugesagt hätten, für die Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen zu wollen. Sie hätten ihm versichert, daß die Arbeit am Montag überall wieder aufgenommen werden soll. So hoffe er, soweit er in der Lage sei, eine Zusicherung zu geben, daß er den Wünschen der Kommission werde nachkommen können. Die in Beuthen abgebrochene Versammlung wurde abends 10 Uhr in Gleiwitz wiederaufgenommen. Die Versammlung beschloß, die Besprechungen mit der interalliierten Kommission fortzusetzen. Zum Schluß richtete die Versammlung an die Bevölkerung Oberschlesiens das dringende Ersuchen, Ruhe und Ordnung zu halten, weil nur dadurch die Sicherheit ihrer Führer bei den Verhandlungen mit der interalliierten Kommission gebührend gewahrt werden könne.

(Weiteres siehe Seite 2)

Siegesjubel in Warschau

Warschau, 23. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Gefahr für die Hauptstadt gilt hier als vorüber. Die Fluchtbewegung hat nahezu aufgehört. Mit überschäumender Begeisterung werden General Weygand und General Haller gefeiert, deren Bilder in allen Läden und Schaufenstern ausgestellt sind. Der französische Generalstabschef und der ehemalige Führer der französisch-polnischen Legionen werden als Retter Warschaus gefeiert. Die Dankbarkeit der Bevölkerung zeigt sich in den durch die Straßen fahrenden Liebesgabentransporten für die Soldaten. Bei einer der Feiern überreichte Erzbischof Kakowski im Auftrage des Papstes dem General Haller eine Denkmünze mit dem Bild von der Jungfrau von Orleans. Der polnische Klerus spendete ihm ein Ehrengeschenk von 100 000 M., die General Haller für Soldatenhelme bestimmt hat.

*

Der Vormarsch der Polen

Aus Königsberg wird gemeldet: Die Polen haben Mlawa und die Gegend nördlich von Przasnysz und südlich von Ostrolenka erreicht. Im Grenzabschnitt Janow–Flammberg fanden andauernd Grenzüberschreitungen von Teilen der 4. bolschewistischen Armee statt. Bisher wurden über 1500 Mann entwaffnet. Das polnische Zentrum nähert sich der Eisenbahn Ostrolenka–Bialystok. Im Vormarsch auf Bialystok überschritten polnische Truppen den Narew bei Brsansk und südwestlich Wielsk. Bolschewistische Angriffe auf Brest-Litowsk und bei Grubeschow wurden abgewiesen. Grubeschow wurde genommen. Der bolschewistische Vormarsch auf Lemberg hat die Gegend östlich und südöstlich Lemberg erreicht.

Nach einer Londoner Meldung entwickelt sich die polnische Gegenoffensive so erfolgreich, daß in gewissen politischen Kreisen bereits die Besorgnis geäußert wird, daß Polen zu weit gehe. Lord D'Abernon und Jusserand haben sich von Posen nach Warschau begeben, um mit General Weygand, dessen Ansichten jetzt in Polen maßgebend seien, sich über die Möglichkeit der Festsetzung der äußersten Grenze des polnischen Vormarsches zu besprechen. Marschall Foch, der zweifellos der Urheber der strategischen Pläne sei, soll, wie verlautet, gegen einen weiteren Vormarsch auf russisches Gebiet sein, ebenso wie er gegen den früheren Vormarsch gegen Kiew gewesen sei. Er sei der Meinung, daß die Polen sich darauf beschränken müßten, das ethnographische Polen von den roten Truppen zu säubern.

Die bolschewistische Front gesprengt?

+ Oppeln, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) Nach Berichten der französischen Militärkommission in Warschau, die der hiesigen interalliierten Kommission zugegangen sind, soll es den Polen gelungen sein, die bolschewistische Front zu sprengen, so daß eine Gefährdung Warschaus nicht mehr besteht. In Ententekreisen ist man der Ansicht, daß der Nordflügel der Russen nach Ostpreußen abgedrängt werden wird.

Genf, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet aus Warschau: Mlawa ist von den Polen besetzt. Die Polen sind im Vormarsch auf Suwalki und Augustowo. – Der „Temps" meldet weiter aus Kopenhagen: Hier liegen russische Berichte vor, wonach Wilna und Minsk von den Russen geräumt werden. Die Russen bereiten eine neue Verteidigungslinie hinter Minsk vor und gehen dabei auf die alte Frontlinie vor der großen Offensive zurück. – Havas meldet am Sonntag: Die Polen rücken von Brest-Litowsk gegen Pinsk vor. Kolbrin auf dem Wege nach Pinsk ist besetzt worden.

*

Die Russen geben die Niederlage zu

Kg. Rotterdam, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Reuter-Agentur meldet durch Funkspruch aus Warschau: Im Moskauer Sowjet teilte Lenin das Fehlschlagen der Offensive gegen Warschau und die Räumung von Pinsk und Grodno mit. Der Sowjet beschloß auf Antrag des Revolutionskomitees eine Verfolgung der pflichttreuen und der Sowjetregierung ergebenen Generale und Offiziere abzulehnen, der Armee aber den Dank des russischen Volkes auszusprechen. – Reuter meldet weiter, es ist anläßlich des Rückzuges der russischen Heere kein Todesurteil gegen die Führer der Armee gefällt worden.

*

Ablehnung der russischen Friedensbedingungen

* Berlin, 23. August. Die „Welt am Montag" teilt mit, daß sie von unterrichteter polnischer Seite höre, die polnische Regierung lehne die am Sonnabend veröffentlichten Friedensbedingungen der Bolschewisten ab, weil diese Bedingungen über das hinausgehen, was die bolschewistischen Vertreter der englischen Regierung als ihre Forderungen an Polen mitgeteilt haben.

× Paris, 23. August. Nach einer Havasmeldung aus Minsk sollen die Vorfriedens- und Waffenstillstandsverhandlungen nicht voranschreiten. Man versichert, daß die Waffenstillstandsverhandlungen weitergeführt werden könnten, aber unter Bedingungen, die ein Vorgehen der russischen Armee gegen General Wrangel unmöglich machten.

Lloyd George in der Sommerfrische

Lloyd George, der Leiter der europäischen Politik, weilt zur Zeit in der Schweiz, verfolgt von der Aufmerksamkeit der gesamten Weltpresse. Man vermutet, daß in den Tagen, während der englische Premier die Luft der Schweizer Berge genießt, wichtige Beschlüsse über die europäische Politik gefaßt werden, von denen man infolge des intimen Charakters der Besprechungen zwar wenig Authentisches um so mehr aber „Erratenes" erfahren wird. Lloyd George soll von den verschiedensten Parteien in seiner Sommerfrische aufgesucht werden, von denen uns natürlich die eigene, die Minister Simons vertreten soll, am meisten interessiert. Ob es zu dieser Zusammenkunft kommen wird, steht noch nicht fest, ist aber trotz allen Dementis wohl anzunehmen. Bis jetzt hat Lloyd George nur Giolitti bei sich gesehen, den er, wie „Agenzia Stefani" meldet, mit großer Herzlichkeit, „wie einen alten Freund" aufgenommen hat. Die beiden Ministerpräsidenten hatten eine längere Unterhaltung, über die bis jetzt folgendes bekannt ist:

Luzern, 23. August. (Eig. Drahtbericht.) Die Besprechungen zwischen Lloyd George und Giolitti begannen Sonntag vormittag um 10 Uhr. Um ½11 Uhr wurden sie unterbrochen und um 3 Uhr wiederaufgenommen. Sie dauerten bis gegen 5 Uhr nachmittags. Die russisch-polnische Frage, die adriatische Frage und andre europäische Probleme sind zur Sprache gebracht worden. Definitive Entscheidungen wurden nicht getroffen. – Aus italienischer Quelle verlautet, daß Giolitti Mittwoch von Luzern abreisen wird und daß in maßgebenden italienischen Kreisen von einem Zusammentreffen zwischen dem deutschen Außenminister Dr. Simons und Giolitti nichts bekannt ist.

In der näheren Umgebung von Giolitti und Lloyd George hat man, wie der Vertreter der schweizerischen Depeschenagentur meldet, die Empfindung lebhafter Befriedigung über die bemerkenswerten Ergebnisse (?) der Zusammenkunft. In italienischen Kreisen fügt man hinzu, daß eine Fortsetzung dieser Besprechung Anfang September in Aix-les-Bains stattfinden wird. Giolitti ist sehr erfreut über die herzliche Aufnahme, die ihm in der ganzen Schweiz zuteil wird. –

Zugleich mit den Meldungen über den Verlauf der ersten „freundschaftlichen" Konferenz kommen Nachrichten, die weitere Zusammenkünfte in Aussicht stellen. So berichtet der Luzerner Sonderberichterstatter der Schweizerischen Depeschenagentur, der Bundespräsident Motta habe durch den italienischen Gesandten in Bern den lebhaften Wunsch geäußert, mit Giolitti zusammentreffen zu können, bevor dieser die Schweiz verläßt. Giolitti hat diesen Wunsch mit großem Vergnügen aufgenommen. Es wird auf der Rückreise auf dem Bahnhofe in Bern eine Begegnung zwischen den beiden Staatsmännern stattfinden. – Wichtiger aber ist folgende Meldung aus Paris: „Echo de Paris" schreibt, wenn Lloyd George das Bedürfnis fühle, Millerand in Luzern zu sprechen, sei man überzeugt, daß er gern dem Wunsche seines britischen Kollegen Folge geben werde." – Es wäre merkwürdig, wenn Lloyd George, nachdem ihm dieser Wunsch so nahegelegt worden ist, sich nicht zu der Einladung des französischen Ministerpräsidenten verstünde, ohne den er entscheidende Beschlüsse doch nicht fassen kann. Wir erwarten daher auch Millerand in Luzern.

Die Beamtenfrage in Deutschland

Von einem hohen Staatsbeamten

In den ersten Tagen ihrer ministeriellen Herrlichkeit ließ die gegenwärtige Regierung einen Kabinettsbeschluß verbreiten, der dem deutschen Volke eine Prüfung der Beamtenfrage in Aussicht stellte. Von der Organisation der Behörden, der Vereinfachung des Geschäftsganges, dem beschleunigten Abbau von Kriegsbehörden und andern Teilfragen des Gesamtproblems war dabei die Rede. Aber bei Besprechung von Etatsfragen in einer Reichstagskommission wurde ein Fragesteller, der Bedenken gegen vorgeschlagene Beamtenvermehrungen äußerte, vom Regierungstisch aus dahin belehrt, daß alle angestellten Erwägungen kein Mittel ausfindig gemacht hätten, dessen Anwendung die geforderten neuen Beamtenstellen überflüssig gemacht hätte. Man erzählt sich in politischen Kreisen, daß einige der neuernannten Minister bei ihrem Amtsantritt Forderungen ihres Personalreferenten vorgefunden hätten, denen sie zunächst die Zustimmung verweigerten. Nach drei Wochen waren sie aber davon überzeugt, daß die vermehrten Geschäftsaufgaben ohne Vergrößerung des Beamtenapparates nicht durchzuführen seien und gaben ihren Widerstand auf. Aus den Vorgängen in der Reichstagskommission darf man wohl schlußfolgern, daß die Erzählung wahr ist.

Es bleibt also bei dem Gebrauch, ständig neue Beamtenstellen zu schaffen, während das Reich mit unheimlicher Geschwindigkeit dem finanziellen Zusammenbruch entgegensteuert. Von Ende 1919 bis Ende Juni 1920 hat sich die schwebende Schuld im Reiche von 78 auf 118 Milliarden gesteigert, allein im Mai um 6½ und im Juni um 11,6 Milliarden. Rechnet man zu den diskontierten Schatzanweisungen auch die nichtdiskontierten hinzu, so beträgt die schwebende Schuld 126,8 Milliarden. Dazu kommen 91 Milliarden fundierte Schulden, die Notenschuld und andre Verpflichtungen, was einen Reichsschuldenbetrag ergibt, der nicht mehr sehr viel von 300 Milliarden entfernt sein dürfte. Der laufende Etat wirft aber jetzt schon eine Unterbilanz von über 30 Milliarden auf, wobei Steuereingänge in Rechnung gestellt sind, die sicherlich nicht in der erwarteten Höhe eingehen. Mit 40 Milliarden Defizit wird man wohl im laufenden Etatsjahr rechnen müssen. Berücksichtigt man nun auch die Unterhaltskosten für das Besatzungsheer im Westen, die Entschädigungsverpflichtungen gegenüber den Auslandsdeutschen, deren Vermögen liquidiert wird, und die „Wiedergutmachungsschuld", die neuerdings in französischen Quellen auf jährlich sechs Milliarden Goldmark für 42 Jahre angegeben wird, so erhält man ein Bild vom deutschen Finanzelend, das keine andre Perspektive als den Bankrott zeigt. Man muß sich nur darüber wundern, daß es bei solchen Aussichten überhaupt noch Leute gibt, die sich an die Staatskrippe drängen.

Sehen wir einmal ab von den „Wiedergutmachungsschulden", die natürlich in der von der Entente beschlossenen Höhe nicht zu leisten sind und beschränken wir uns auf die innere Finanzwirtschaft, so liegt es auf der Hand, daß der Staatsbankrott unvermeidlich ist, wenn es nicht gelingt, eine Balance zwischen Einnahmen und Ausgaben herzustellen. Daß man dabei nicht nur die Seite der Staatseinnahmen ins Auge zu fassen hat, sondern auch um eine Verminderung der Staatsausgaben bemüht sein muß, liegt auf der Hand. Das ist eine Selbstverständlichkeit, die allerdings von Regierung und Parlament nicht begriffen zu werden scheint. Hier liegt eine – allerdings nicht die behutsamste – Seite der Beamtenfrage.

Wieviel Beamte wir gegenwärtig überhaupt im Deutschland haben, weiß niemand. In Gemeinde, Staat und Reich hat sich ihre Zahl erschrecklich vermehrt; man kann sie nicht zählen ohne Vornahme besonderer statistischer Erhebungen. Jedenfalls steht aber fest, daß alles im deutschen Vaterland immer knapper wird: die Kohlen, die Wohnungen, andre Sachgüter, die Soldaten und das Reichsgebiet, und daß sich nur zwei Dinge ständig vermehren: die Beamten und das Papiergeld.

Um gerecht zu sein, muß man zugeben, daß auf vielen Gebieten die Staatsaufgaben wachsen. Die Ausführung des Friedensvertrages erfordert eine Menge Kräfte; auch die mit der Erledigung von Wirtschaftsaufgaben betrauten Ressorts bedürfen zahlreicher Beamten. Die Reichsfinanzverwaltung erfordert 32 000 Beamte, von denen etwa 48 000 von den Einzelstaaten übernommen wurden. Neben dieser unvermeidlichen Beamtenvermehrung in einzelnen Ressorts stößt man auf Erscheinungen, die weniger begründet sind. Das Auswärtige Amt in Berlin hat die Räumlichkeiten übernommen, die früher vom Reichsamt des Innern bewohnt wurden. Es bevölkert diese neuen und seine alten Räume; warum eine so große Vermehrung der Beamten des auswärtigen Dienstes notwendig war und was die Herren eigentlich in der gegenwärtigen Zeit auf ihrem Spezialgebiet Nützliches leisten können, wird nicht ohne weiteres klar. Ganz schlimm sieht es bei den militärischen Stellen aus. Noch sind in Berlin sämtliche Gebäude, die während des Krieges von ihnen belegt wurden, bis unters Dach mit Leuten angefüllt, die „abwickeln". Wer die technischen Methoden dieser „Abwicklung" kennt, weiß, daß es sich hierbei in 80 von 100 Fällen um überflüssige Dinge handelt, die am praktischsten erledigt würden, wenn man die Aktenberge, von denen sich die Abwicklung betätigt, dem Feuer überantwortet. Aber man scheint im Wehrministerium nicht an dieses abgekürzte Verfahren zu denken. Wie es heißt, soll man sich mit dem Gedanken tragen, für diese Tätigkeit im Etat 1921/22 auch zweieinhalb Milliarden Mark zu verlangen, wofür einige tausend Menschen weiter mit „Abwickeln" beschäftigt werden können.

Es scheint überhaupt vielen Behörden ein merkwürdig zähes Dasein innezuwohnen. Ende Juli las man in den Zeitungen, daß die Waffenstill-